

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften (zusammen der „Konzern“) und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn- und Verlustrechnung, zur Bilanz und zu Sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2010 gelesen werden, der nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt wurde, mit Ausnahme der Erstanwendung der überarbeiteten Fassung von IAS 24, „Related Party Disclosures“ und der Änderungen der IFRS 2010 („Improvements to IFRS 2010“), deren Auswirkung auf den Konzernabschluss im Abschnitt „Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften“ dargelegt wird.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2011 gewertet werden.

Die Darstellung der Erträge in PCAM wurde im ersten Quartal 2011 aufgrund einer Überprüfung der Zuordnung der Ertragskomponenten in die Produktkomponenten angepasst. Um die Vergleichbarkeit der Quartale zu ermöglichen, wurden für das erste Quartal 2010 17 Mio € vom Kreditgeschäft ins Einlagen- und Zahlungsverkehrsgeschäft übertragen. Die Erträge von PCAM blieben insgesamt unverändert.

Seit dem zweiten Quartal 2010 hat der Konzern die Darstellung der Gebühren und der Nettoausgleiche im Zusammenhang mit Langlebigekeitsversicherungs- und Langlebigekeitsrückversicherungsverträgen geändert. Es wurde festgestellt, dass eine Nettodarstellung von Cashflows aus individuellen Langlebigekeitsversicherungs- und Langlebigekeitsrückversicherungsverträgen der tatsächlichen Regulierung dieser Cashflows entspricht und daher den Charakter solcher Verträge reflektiert. Das erste Quartal 2010 wurde nicht angepasst. Für das erste Quartal 2011 wären sowohl die Sonstigen Erträge als auch die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft gemäß der vorherigen Darstellung um 33 Mio € reduziert worden.

Seit dem zweiten Quartal 2010 wendet der Konzern auf fünf oder zehn Jahre geänderte Abschreibungsdauern für aktivierte Aufwendungen für bestimmte erworbene oder selbst erstellte Software an, die zuvor über drei Jahre abgeschrieben wurde. Die Änderung hatte im ersten Quartal 2011 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Im ersten Quartal 2011 kamen die überarbeitete Fassung von IAS 24, „Related Party Disclosures“ und die Änderungen der IFRS 2010 („Improvements to IFRS 2010“), die für den Konzern relevant sind, erstmalig zur Anwendung. Die Anwendung dieser Rechnungslegungsvorschriften hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die Änderungen zu IFRS 7, „Disclosures – Transfers of Financial Assets“ sowie die Rechnungslegungsvorschriften IFRS 9 und IFRS 9 R, „Financial Instruments“ sind für den Konzern von Bedeutung, waren zum 31. März 2011 aber noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung dieser neuen Rechnungslegungsvorschriften auf den Konzernabschluss.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden.

Im ersten Quartal 2011 gab es keine wesentlichen organisatorischen Änderungen, die sich auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente auswirkten. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden generell für geringfügige organisatorische Änderungen angepasst, wenn diese in den internen Berichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden. Infolge der Veränderungen im Vorstand sowie der Verantwortung für die Bereiche Corporate Finance und Global Transaction Banking wurde mit Wirkung zum 1. Juli 2010 eine integrierte Managementstruktur für den gesamten Konzernbereich Corporate & Investment Bank (CIB) eingeführt. Die neue Struktur soll das Wachstum der Deutschen Bank als einer der weltweit führenden Geschäfts- und Investmentbanken beschleunigen und die Erreichung der Konzernziele ermöglichen. Hieraus ergeben sich jedoch keine Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente.

Im Folgenden werden einige Transaktionen beschrieben, die sich auf die Segmentberichterstattung des Konzerns auswirkten:

- Zum 1. Januar 2011 wurden die Beteiligung an Actavis Equity S.a.r.l., Luxemburg, sowie die vor- und nachrangigen Fremdfinanzierungen an der Actavis Group hF vom Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities an den Konzernbereich Corporate Investments übertragen.
- Zum 1. Januar 2011 wurde die BHF-BANK nach der Einstufung als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe vom Geschäftsbereich Private Wealth Management im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management auf den Konzernbereich Corporate Investments übertragen. Im April 2011 haben die Deutsche Bank und LGT Group nach Gesprächen zwischen den Parteien und mit den zuständigen Aufsichtsbehörden die Verhandlungen über einen Verkauf der BHF-BANK beendet und sind zu dem Schluss gekommen, die Transaktion nicht weiterzuverfolgen.

Allokation des Average Active Equity

Im ersten Quartal 2011 änderte der Konzern die Methode zur Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente. In der neuen Methode wird das ökonomische Kapital als Allokationstreiber durch Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Kapitalabzugsposten ersetzt. Die übrigen Regelungen des Rahmenwerks zur Kapitalallokation bleiben unverändert. Der zuzurechnende Gesamtbetrag wird weiterhin nach dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns bestimmt. Für 2011 leitet der Konzern den internen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital aus einer Tier-1-Kapitalquote von 10% ab. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf, so wird der Mehrbetrag „Consolidation & Adjustments“ zugeordnet.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das erste Quartal 2011 und 2010.

1. Quartal 2011	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	5.831	865	6.696	1.002	3.072	4.074	180	-476	10.474
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	12	21	33	19	320	338	1	-0	373
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.504	587	4.091	792	1.888	2.680	344	-34	7.080
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	65	-	65	0	-	0	-	-	65
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	11	-	11	1	77	78	-0	-89	-
Ergebnis vor Steuern	2.304	257	2.561	190	788¹	978	-165	-353	3.021
Aufwand-Ertrag-Relation	60 %	68 %	61 %	79 %	61 %	66 %	N/A	N/A	68 %
Aktiva ²	1.410.919	72.346	1.458.950	52.998	344.825	397.800	32.916	11.136	1.842.245
Durchschnittliches Active Equity ³	18.772	2.348	21.120	5.456	11.355	16.812	1.118	9.927	48.977
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	49 %	44 %	49 %	14 %	28 %	23 %	-59 %	N/A	24 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Beinhaltet einen positiven Effekt von 236 Mio € im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank, die nach der Equitymethode bewertet wurde. Dieser positive Effekt wurde für die Berechnung der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

² Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

³ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidations & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst.

⁴ Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 05 „Segmentberichterstattung“ im Finanzbericht 2010. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 24 %.

1. Quartal 2010	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	5.992	636	6.628	829	1.412	2.241	220	-91	8.999
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	93	-4	90	3	170	173	0	-0	262
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.295	520	3.816	830	1.053	1.883	156	89	5.944
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	140	-	140	0	-	0	-	-	140
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	29	-	-	-	-	-	29
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	14	-	14	1	0	1	-1	-15	-
Ergebnis vor Steuern	2.589	119	2.708	-5	189	184	65	-165	2.793
Aufwand-Ertrag-Relation	55 %	82 %	58 %	100 %	75 %	84 %	71 %	N/A	66 %
Aktiva (zum 31.12.2010) ¹	1.468.863	71.877	1.519.983	53.141	346.998	400.110	30.138	11.348	1.905.630
Durchschnittliches Active Equity ²	17.547	1.588	19.135	4.666	3.839	8.505	2.491	7.471	37.601
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ³	59 %	30 %	57 %	-0 %	20 %	9 %	10 %	N/A	30 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

² Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidations & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst.

³ Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 05 „Segmentberichterstattung“ im Finanzbericht 2010. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 29 %.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Consolidation & Adjustments (C&A) verzeichnete im ersten Quartal 2011 einen Verlust vor Steuern von 353 Mio € nach einem Verlust vor Steuern von 165 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Das Berichtsquarter beinhaltet einen negativen Effekt von rund 370 Mio € aus unterschiedlichen Bilanzierungsmethoden in der Managementberichterstattung und unter IFRS. Dieser Bewertungsunterschied steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit ökonomisch abgesicherten Positionen und gleicht sich über die Laufzeit dieser Positionen wieder aus. Im ersten Quartal 2011 war der signifikante negative Effekt Folge des starken Anstiegs der kurzfristigen Eurozinssätze. Aufgrund der kurzfristigen Laufzeit der zugrunde liegenden Positionen wird eine Umkehrung von Teilen des negativen Effekts im Jahresverlauf erwartet. In geringerem Maße war der Effekt auch eine Folge von Schwankungen der langfristigen Euro- und US-Dollar-Zinssätze. Im ersten Quartal 2010, das geringere Volatilitäten in den Zinssätzen aufwies, führten vergleichbare Bewertungsunterschiede zu einem negativen Effekt von rund 40 Mio €. Die Ergebnisse in beiden Quartalen beinhalten darüber hinaus Aufwendungen für die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften. Zudem waren im Vorjahr Nettoaufwendungen für Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten zu verzeichnen.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für das erste Quartal 2011 und 2010.

in Mio €	Corporate & Investment Bank	
	2011	1. Quartal 2010
Sales & Trading (Equity)	943	944
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.650	3.802
Sales & Trading insgesamt	4.593	4.746
Emissionsgeschäft (Equity)	181	116
Emissionsgeschäft (Debt)	377	316
Emissionsgeschäft insgesamt	558	432
Beratung	159	131
Kreditgeschäft	484	513
Transaction Services	865	636
Sonstige Produkte	38	170
Insgesamt¹	6.696	6.628

¹ Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

in Mio €	Private Clients and Asset Management	
	2011	1. Quartal 2010
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	598	580
Beratungs-/Brokeragegeschäft	520	421
Kreditgeschäft	641	641
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	554	490
Sonstige Produkte	1.760 ¹	110
Insgesamt²	4.074	2.241

¹ Die Erhöhung ist hauptsächlich auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen.

² Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen

in Mio €	1. Quartal	
	2011	2010
Zinsüberschuss	4.167	3.671
Handelsergebnis ¹	2.767	3.126
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	-114	-547
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	2.653	2.579
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	6.820	6.250
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:		
Sales & Trading (Equity)	647	797
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.446	3.355
Sales & Trading insgesamt	4.093	4.152
Kreditgeschäft ³	271	299
Transaction Services	419	268
Übrige Produkte ⁴	159	156
Corporate & Investment Bank insgesamt	4.941	4.876
Private Clients and Asset Management	1.945	1.032
Corporate Investments	44	10
Consolidation & Adjustments	-110	332
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	6.820	6.250

¹ Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten sowie aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

² Beinhaltet Verluste von 148 Mio € für das erste Quartal 2011 (erstes Quartal 2010: Verluste von 30 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Fair-Value-Änderungen korrespondierender Instrumente in Höhe von 307 Mio € für das erste Quartal 2011 (erstes Quartal 2010: Verluste von 54 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

³ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und von zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

⁴ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie Sonstigen Produkten.

Provisionsüberschuss

in Mio €	1. Quartal	
	2011	2010
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	834	811
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	1.118	912
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	1.129	738
Provisionsüberschuss insgesamt	3.081	2.461

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	1. Quartal	
	2011	2010
Aufwendungen für Pensionspläne:		
Laufender Dienstzeitaufwand	67	58
Zinsaufwand	150	128
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	-133	-120
Sofort erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	5	7
Pensionspläne insgesamt	89	73
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:		
Laufender Dienstzeitaufwand	1	1
Zinsaufwand	2	2
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	3	3
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	92	76
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	106	71
Pensionsaufwendungen insgesamt	198	147
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	57	42

Die erwarteten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2011 voraussichtlich 250 Mio € betragen. Rückübertragungen von Anteilen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2011 werden nicht erwartet.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	1. Quartal	
	2011	2010
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:		
EDV-Aufwendungen	561	503
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	482	359
Aufwendungen für Beratungsleistungen	371	300
Kommunikation und Datenadministration	219	177
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	126	118
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	125	98
Marketingaufwendungen	94	64
Übrige Aufwendungen	759	581
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	2.737	2.200

Angaben zur Bilanz (nicht testiert)

Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	31.3.2011	31.12.2010
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	252.155	238.283
Sonstige Handelsaktiva ¹	33.466	33.008
Handelsaktiva insgesamt	285.621	271.291
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	564.102	657.780
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	114.607	108.912
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.693	27.887
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	23.373	23.254
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	11.270	11.873
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	174.943	171.926
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.024.666	1.100.997

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 21.412 Mio € zum 31. März 2011 (31. Dezember 2010: 23.080 Mio €).

in Mio €	31.3.2011	31.12.2010
Handelspassiva:		
Wertpapiere	71.160	65.183
Sonstige Handelspassiva	5.935	3.676
Handelspassiva insgesamt	77.095	68.859
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	550.962	647.196
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	105.765	107.999
Kreditzusagen	510	572
Langfristige Verbindlichkeiten	16.043	15.280
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	7.164	6.303
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	129.481	130.154
Investmentverträge ¹	7.548	7.898
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	765.086	854.106

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufwerte den Fair Values.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.3.2011	31.12.2010
Festverzinsliche Wertpapiere	42.022	46.214
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.151	3.428
Sonstiger Anteilsbesitz	2.190	2.251
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.071	2.373
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	48.434	54.266

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

In Übereinstimmung mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“, wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden nach IAS 39 und IFRS 7 qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hat. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestehen jetzt die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum Fair Value des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte, die unrealisierten Fair-Value-Verluste, welche direkt im Kumulierten sonstigen Ergebnis (Accumulated other comprehensive income) erfasst wurden, die Bandbreiten der Effektivzinssätze, basierend auf gewichteten Durchschnittssätzen einzelner Geschäftsbereiche, sowie die erwarteten erzielbaren Cashflows jeweils zum Umwidmungsstichtag.

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finan- zielle Vermögens- werte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Fair-Value-Bewertung, die direkt im Kumulierten sonstigen Ergebnis (Accumulated other comprehensive income) erfasst wurden	–	– 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
obere Grenze	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Cashflows am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values zum 31. März 2011 und zum 31. März 2010 aller in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte.

in Mio €	31.3.2011		31.3.2010	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	16.529	14.752	23.817	21.483
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	7.997	7.306	9.192	8.264
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	24.526	22.058	33.009	29.747

Wären die finanziellen Vermögenswerte nicht umgewidmet worden, hätten sich die folgenden Effekte in den unrealisierten Fair-Value-Gewinnen/-Verlusten in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) ergeben.

in Mio €	1. Quartal	
	2011	2010
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (–) aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	202	222
Wertminderungen (–) aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	1	–8
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (–) im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	149	125

Nach der Umwidmung haben die umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte wie folgt zu dem Ergebnis vor Steuern beigetragen.

in Mio €	1. Quartal	
	2011	2010
Zinserträge	196	320
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-22	-104
Sonstige Erträge ¹	18	-7
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	192	209
Zinserträge	36	37
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	36	37

¹ Aus im ersten Quartal abgewickelten Verkäufen von Krediten resultierte ein Gewinn von 18 Mio €, der in den Sonstigen Erträgen gezeigt wird.

Zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente

Die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Fair-Value-Kategorien gemäß der IFRS-Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren Fair Value direkt von Preisen an aktiven liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Inventar des Konzerns zu bewertende ist.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen hochliquide Schatzanweisungen sowie Derivate, Eigenkapitaltitel und Anleihen, die in sehr liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren Fair Value aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen eine Vielzahl der OTC-Derivate (over the counter derivatives), gelistete Investment-Grade-Kreditanleihen, einige Credit Default Swaps („CDSs“), eine Vielzahl der Collateralized Debt Obligations („CDOs“) sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren Fair Value nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen ein Element auf, das nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den Fair Value hat.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen komplexere OTC-Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide ABS (Asset-backed Securities einschließlich einiger, die auf Wohnungsbaukrediten basieren), illiquide CDOs (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, Private Equity Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Fair-Value-Hierarchie. Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ im Finanzbericht 2010 dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

in Mio €	31.3.2011			31.12.2010		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	103.017	163.617	18.987	97.520	152.843	20.928
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	14.580	538.871	17.050	14.976	633.465	17.220
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	8.092	163.054	3.797	7.674	160.966	3.286
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	15.277	28.902	4.255	17.186	31.858	5.222
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	140.966	894.444	44.089	137.356	979.132	46.656
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelspassiva	47.980	28.924	191	43.968	24.635	256
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	13.551	532.760	9.560	12.379	630.402	10.677
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	180	127.379	1.922	348	127.736	2.070
Investmentverträge ²	–	7.548	–	–	7.898	–
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	61.711	696.611	11.673	56.695	790.671	13.003

¹ Diese Position beinhaltet überwiegend Derivate, die zu Handelszwecken gehalten werden. Zusätzlich enthält diese Position Derivate, die zu Sicherungszwecken gehalten werden, sowie Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag nicht zum Fair Value bewertet wird. Diese wurden in der Note 14 „Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente“ im Finanzbericht 2010 in den Sonstigen zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“ im Finanzbericht 2010 für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Der Bilanzwert der Level-3-Vermögenswerte ging zum 31. März 2011 um 2,6 Mrd € zurück. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf die Umgliederungen von Handelsaktiva aus Level 3 in Level 2 der Hierarchie aufgrund zunehmend beobachtbarer Eingangsdaten, die zur Bewertung der Vermögenswerte herangezogen werden, zurückzuführen. Im selben Zeitraum reduzierten sich die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte durch Verkäufe und die Reduzierung der Fair Values bestimmter Vermögenswerte.

Der Bilanzwert der Level-3-Verpflichtungen ging zum 31. März 2011 um 1,3 Mrd € zurück. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf die Umgliederungen von negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten aus Level 3 in Level 2 der Hierarchie aufgrund zunehmend beobachtbarer Eingangsdaten, die zur Bewertung der finanziellen Verpflichtungen herangezogen werden, zurückzuführen. Darüber hinaus führten die Abwicklung von Positionen beziehungsweise die Endfälligkeit von Positionen zu einer Reduzierung.

In der Berichtsperiode gab es keine signifikanten Transfers von Finanzinstrumenten zwischen Level 1 und Level 2 der Fair-Value-Hierarchie.

Problemkredite und IFRS-wertgeminderte Kredite

Im Rahmen von Konsolidierungen wurden bestimmte Kredite angekauft, für die zuvor eine einzeln ermittelte Wertberichtigung bei der konsolidierten Gesellschaft gebildet worden war. Diese Kredite wurden zu den Fair Values in die Bilanz übernommen, die anhand der erwarteten Zahlungsströme ermittelt wurden und die die Qualität dieser Kredite zum Zeitpunkt der Akquisition widerspiegeln. Sofern sich die Erwartungen an die Zahlungsströme für diese Kredite seit ihrer Akquisition nicht verschlechtert haben, werden diese Kredite nicht als wertgeminderte oder als Problemkredite berücksichtigt.

Problemkredite und IFRS-wertgeminderte Kredite	31.3.2011			31.12.2010		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
in Mio €						
Kredite ohne Zinsabgrenzung	4.600	2.845	7.445	4.327	2.591	6.918
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	74	297	371	44	258	302
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	1.081	168	1.249	1.055	160	1.215
Problemkredite insgesamt	5.755	3.310	9.065	5.426	3.009	8.435
davon: IFRS-wertgeminderte Kredite	3.712	2.972	6.684	3.552	2.713	6.265

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1. Quartal 2011			1. Quartal 2010		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
in Mio €						
Bestand am Jahresanfang	1.643	1.653	3.296	2.029	1.314	3.343
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	154	215	369	89	178	267
Nettoabschreibungen	-129	-101	-230	-71	-98	-169
Abschreibungen	-135	-157	-292	-79	-124	-203
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	6	56	62	8	26	34
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-47	-26	-73	5	9	14
Bestand am Periodenende	1.621	1.741	3.362	2.052	1.403	3.455

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	1. Quartal 2011			1. Quartal 2010		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
in Mio €						
Bestand am Jahresanfang	108	110	218	83	124	207
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	5	-1	4	-6	1	-5
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	9	-	9
Wechselkursveränderungen	-1	-5	-5	1	5	5
Bestand am Periodenende	112	104	216	87	130	217

Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	31.3.2011	31.12.2010
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	40.754	46.132
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	10.855	11.324
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	5.111	4.834
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	85.166	41.133
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	141.886	103.423
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.931	3.941
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	9.836	13.468
Sonstige	27.020	28.397
Sonstige Aktiva insgesamt	182.673	149.229

in Mio €	31.3.2011	31.12.2010
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	37.089	42.596
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	26.393	27.772
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	4.458	3.137
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	87.734	42.641
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	155.674	116.146
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.847	3.956
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	8.512	12.598
Sonstige	45.802	49.127
Sonstige Passiva insgesamt	213.835	181.827

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	31.3.2011	31.12.2010
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	99.129	105.711
mit variabler Verzinsung	50.102	51.596
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	7.055	7.213
mit variabler Verzinsung	5.220	5.140
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	161.506	169.660

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	31.3.2011	31.12.2010
Ausgegebene Stammaktien	929,5	929,5
Eigene Aktien im Bestand	4,2	10,4
– davon Aktienrückkaufprogramm	3,6	10,0
– davon sonstige Bestände	0,6	0,4
Ausstehende Stammaktien	925,3	919,1

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Risikoaktiva, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital sowie die Kapitaladäquanzquote des für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Konzerns ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG. Zahlenangaben basieren auf dem vom Baseler Ausschuss in 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard („Basel II“), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2011	31.12.2010
Kreditrisiko	266.361	285.218
Marktrisiko ¹	24.553	23.660
Operationelles Risiko	36.960	37.326
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	327.874	346.204
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	31.580	29.972
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.222	12.593
Tier-1-Kapital	43.802	42.565
Tier-2-Kapital	4.982	6.123
Tier-3-Kapital	–	–
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	48.784	48.688
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	9,6 %	8,7 %
Tier-1-Kapitalquote	13,4 %	12,3 %
Gesamtkapitalquote	14,9 %	14,1 %

¹ Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, berechnet mit einem Konfidenzniveau von 99 % und 10 Tagen Haltedauer.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten des Tier-1- und Tier-2-Kapitals des Konzerns ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

in Mio €	31.3.2011	31.12.2010
Tier-1-Kapital:		
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente:		
Stammaktien	2.380	2.380
Kapitalrücklage	23.456	23.515
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Anteile ohne beherrschenden Einfluss	26.160	24.797
Vollständig vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (2a) KWG in Abzug gebrachte Posten (unter anderem Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	– 14.094	– 14.489
Teilweise vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten:		
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	– 907	– 954
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	– 4.945	– 4.850
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	– 470	– 427
Teilweise vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten	– 6.321	– 6.231
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	31.580	29.972
Zusätzliches Tier-1-Kapital:		
Nicht kumulative Vorzugsanteile ¹	12.222	12.593
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.222	12.593
Tier-1-Kapital insgesamt	43.802	42.565
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	82	224
Genussscheinkapital	1.150	1.151
Kumulative Vorzugsanteile	300	299
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	9.771	10.680
Teilweise vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten	– 6.321	– 6.231
Tier-2-Kapital insgesamt	4.982	6.123

¹ Enthält 20 Mio € stille Beteiligungen zum 31. März 2011 und zum 31. Dezember 2010.

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben gezeigten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, der Konzern nutzt jedoch diese Übergangsregelung für die Meldung seiner Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Zum 31. März 2011 betrug der Übergangsposten 350 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Risikoaktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich zum Ende des Berichtsquartals die gemeldete Tier-1-Kapitalquote und die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 13,5 % beziehungsweise 15,0 %.

Zusagen und Eventualverbindlichkeiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den Nominalwert der unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten. Eventualverbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden als Rückstellungen erfasst.

in Mio €	31.3.2011	31.12.2010
Unwiderrufliche Kreditzusagen	122.458	123.881
Eventualverbindlichkeiten	64.984	68.055
Insgesamt	187.442	191.936

Die hier gezeigten Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten bilden nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme aus diesen Verträgen ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme fällig werden. Eventuell verlangt der Konzern die Stellung von Sicherheiten, um das Kreditrisiko dieser Verpflichtungen zu mindern.

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

Rechtsstreitigkeiten

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich die Gruppe bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Der Konzern bildet für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten, einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren, Rückstellungen, wenn der Bestand einer Zahlungsverpflichtung wahrscheinlich ist und die Höhe der Zahlung zuverlässig abgeschätzt werden kann. Zu bestimmten Rechtsstreitigkeiten werden gemäß IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“, geforderte Angaben nicht gemacht, sofern der Konzern zu dem Schluss kommt, dass diese Angaben das Ergebnis des jeweiligen Rechtsstreits ernsthaft beeinträchtigen können.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jedes der nachstehend dargestellten Verfahren, von denen die Mehrzahl mehrere Streitgegenstände umfasst, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich jeweils möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof („BGH“) dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Zwischenzeitlich hatte Herr Dr. Kirch die Grundlage seiner Schadensberechnung geändert und forderte dann circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. Am 22. Februar 2011 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Gegen die Entscheidung hat Dr. Kirch Berufung eingelegt. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Anregung des Berufungsgerichts, dass die Parteien alle Rechtsstreitigkeiten zwischen der Deutschen Bank und Dr. Kirch sowie ihm nahestehenden Dritten vergleichen, führte zu keiner Lösung. Das Berufungsgericht hat daher das Verfahren mit einer Beweisaufnahme fortgesetzt. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche

keine Grundlage und weder die Kausalität der Interviewäußerung für irgendeinen Schaden noch die Höhe des geltend gemachten Schadens sind ausreichend dargelegt.

Asset-backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften (zusammen in diesem Abschnitt die „Deutsche Bank“) haben Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und dem Handel mit Asset-backed Securities (verzinslichen strukturierten Wertpapieren, die mit Forderungsrechten besichert sind), Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten, einschließlich, unter anderem, Residential Mortgage-backed Securities (verzinslicher strukturierter Wertpapiere, die mit Grundpfandrechten auf Wohnimmobilien besichert sind), Collateralized Debt Obligations und Credit Default Swaps, beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Residential Mortgage-backed Securities Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) sowohl nach Bundesrecht als auch dem Recht einzelner Bundesstaaten sowie allgemeiner Rechtsgrundsätze (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Countrywide Financial Corporation („Countrywide“) oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere bezieht und zu dem es eine vom Gericht vorläufig genehmigte Vergleichsvereinbarung gibt, sowie ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Central District of California, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter Mortgage Pass-through Certificates von der Countrywide bezieht; (2) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (3) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Northern District of California, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; und (4) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch der DBSI, als Platzeure verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, welche von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden; und (5) eine von der Federal Home Loan Bank of San Francisco („FHLB SF“) beim United States District Court for the Northern District of California anhängige Klage bezüglich der Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, als Emittenten und Platzeure verschiedener von der FHLB SF erworbener Mortgage Pass-through Certificates. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank, einschließlich der DBSI, Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Ansonsten befinden sich diese zivilrechtlichen Verfahren in einem frühen Stadium. Am 31. März 2011 hat das Gericht einem Abweisungsantrag bezüglich eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens bei dem United States District Court for the Southern District of New York stattgegeben, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht. Die Kläger haben 45 Tage Zeit, um eine abgeänderte Klageschrift zur Behebung der Mängel in der ursprünglichen Klageschrift bei Gericht einzureichen.

Von 2005 bis 2008, hat die Deutsche Bank im Rahmen ihres auf Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekarkreditgeschäfts in den USA Kredite in Höhe von circa 84 Mrd US-\$ in Form von Verbriefungen mit einem Dritten und circa 71 Mrd US-\$ durch Veräußerung von Krediten einschließlich aller Nebenrechte unter anderem an von der US-Regierung geförderte Gesellschaften wie die Federal Home Loan Mortgage Corporation und die Federal National Mortgage Association verkauft. Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite zurückzukaufen oder die Käufer, andere Investoren oder Kreditversicherer von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit den vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, werden von der Deutschen Bank erfüllt. Wenn die Deutsche Bank der Ansicht ist, dass es keine Anspruchsgrundlage für Rückkaufansprüche gibt, weist sie diese zurück und betrachtet sie für Zwecke der Weiterverfolgung nicht länger als offen. Zum 31. Dezember 2010 bestanden gegenüber der Deutschen Bank circa 600 Mio US-\$ noch offene Rückkaufforderungen (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags). Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank Rückstellungen in nicht erheblicher und ihrer Ansicht nach angemessener Höhe gebildet. Zum 31. Dezember 2010 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Kreditbetrag in Höhe von 1,9 Mrd US-\$, berechnet auf den ursprünglichen Kreditbetrag, Rückkäufe getätigt oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen und beigelegten Ansprüchen ist die Deutsche Bank aus möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen resultieren würden, in Höhe von circa 22,4 Mrd US-\$ entlastet.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank AG und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von der Deutschen Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. Am 9. Dezember 2010 hat das Gericht das als Sammelklage bezeichnete Verfahren rechtskräftig abgewiesen. Aufgrund einer Vereinbarung können die Kläger bis zum 18. August 2011 Rechtsmittel gegen die Klageabweisung einlegen. Die Deutsche Bank AG, DBSI und/oder Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in 17 Einzelklagen, in denen im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Neun der Einzelklagen sind noch rechtshängig, während sich acht der Einzelklagen durch rechtskräftige Abweisung erledigt haben. Die Deutsche Bank AG war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wurde behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden jedoch am 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen. Die Kläger haben hiergegen Rechtsmittel eingelegt.

Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in Verfahren vor einzel- und bundesstaatlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, bei denen es um das Angebot und den Vertrieb von ARS ging. Im August 2008 schlossen die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und der North American Securities Administration Association ab, die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertraten, in denen sich die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichteten, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die wohlätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben hatten, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche ARS von der Deutschen Bank AG und ihren Tochtergesellschaften erworben hatten, zu erarbeiten, eine

Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ an die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden zu zahlen und weitere einzelstaatliche Anordnungen zur zukünftigen Einhaltung von anwendbaren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu befolgen. Am 3. Juni 2009 hat die DBSI die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung vom August 2008 gegenüber dem NYAG und dem New Jersey Bureau of Securities erfüllt und einen Vergleich mit der Securities and Exchange Commission („SEC“) abgeschlossen, der die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung mit den Einzelstaaten berücksichtigt. Seitdem hat die DBSI von einigen einzelstaatlichen und innerstaatlichen Behörden Zahlungsaufforderungen erhalten, in denen diese Behörden ihren Anteil an der Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ geltend machen. Die DBSI erwartet, dass sie Zahlungsaufforderungen in den nächsten Monaten abwickeln kann und die geltend gemachten Anteile an der Gesamtstrafe an die jeweiligen Einzelstaaten zahlt.

Trust Preferred Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen im Auftrag von Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden nach Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 erhoben. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Ein Klageabweisungsantrag ist derzeit anhängig.

Deutsche Bankenabgabe

In Deutschland wurde im Dezember 2010 das Restrukturierungsgesetz in Kraft gesetzt, das die Entrichtung einer Bankenabgabe in Deutschland auf Basis der festgestellten Einzelabschlüsse nach HGB vorsieht. Diese Verpflichtung betrifft die Deutsche Bank AG und ihre deutschen Banktöchter. Die Bemessungsgrundlage der deutschen Bankenabgabe wird durch die Restrukturierungsfondsverordnung bestimmt, die derzeit nur als Entwurf vorliegt. Für diese Verordnung ist explizit die Zustimmung des Bundesrats gefordert. Vor Verabschiedung der Verordnung besteht keine konkrete Verpflichtung für die Deutsche Bank und die verlässliche Schätzung einer zukünftigen Verpflichtung ist nicht möglich.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen, einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten, wie für vergleichbare Geschäfte mit fremden Dritten.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank-Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 31. März 2011 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 9 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 12 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2010 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 10 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 9 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Im ersten Quartal 2011 und im Geschäftsjahr 2010 erhielt eine Person in Schlüsselposition Zahlungen von einem Konzernunternehmen. Zum Zeitpunkt der Entstehung der vertraglichen Vereinbarung gehörte das zahlende Unternehmen nicht dem Konsolidierungskreis des Konzerns an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäft mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. In der überarbeiteten Fassung von IAS 24, „Related Party Disclosures“ („IAS 24 R“), wurde zum Teil die Definition von nahestehenden Dritten geändert, um klarzustellen, dass die Tochtergesellschaften der assoziierten Unternehmen und die Tochtergesellschaften der Joint Ventures auch zum Kreis der nahestehenden Dritten gehören. Diese Klarstellung wurde rückwirkend für das gesamte Geschäftsjahr 2010 angewandt.

Kredite

An nahestehende Unternehmen begebene Kredite und gewährte Garantien entwickelten sich im ersten Quartal 2011 beziehungsweise im Geschäftsjahr 2010 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2011	31.12.2010 ¹
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	4.329	1.002
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	89	3.585
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	52	148
Veränderung des Konsolidierungskreises ²	–	– 126
Wechselkursveränderungen/Sonstige	6	16
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand³	4.372	4.329
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	31	32
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	0	26
Garantien und sonstige Verpflichtungen ⁴	257	255

¹ Die Vorjahreszahlen wurden infolge der Erstanwendung von IAS 24 R angepasst.

² In 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, wurden bei der Konsolidierung eliminiert.

³ Davon waren zum 31. März 2011 und zum 31. Dezember 2010 keine Forderungen überfällig. Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 31. März 2011: 16 Mio € (31. Dezember 2010: 17 Mio €) auf Joint Ventures.

⁴ Beinhaltet Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe, Haftungsübernahmeerklärungen und unwiderrufliche ausleihebezogene Zusagen.

Einlagen

Von nahestehenden Unternehmen erhaltene Einlagen entwickelten sich im ersten Quartal 2011 beziehungsweise im Geschäftsjahr 2010 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2011	31.12.2010 ¹
Einlagen, Anfangsbestand	220	369
Einlagenzuflüsse	146	162
Einlagenabflüsse	78	220
Veränderung des Konsolidierungskreises ²	–	– 93
Wechselkursveränderungen/Sonstige	–	2
Einlagen, Endbestand	288	220

¹ Die Vorjahreszahlen wurden infolge der Erstanwendung von IAS 24 R angepasst.

² In 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Von diesen Unternehmen erhaltene Einlagen wurden bei der Konsolidierung eliminiert.

Sonstige Geschäfte

Zum 31. März 2011 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 186 Mio € (31. Dezember 2010: 149 Mio €). Zum 31. März 2011 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 54 Mio € (31. Dezember 2010: 15 Mio €).

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen, einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 31. März 2011 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Unternehmenszusammenschlüsse

Deutsche Postbank

Hinsichtlich einer ausführlichen Darstellung des schrittweisen Erwerbs eines beherrschenden Anteils an der Deutschen Postbank AG („Postbank“) durch den Konzern am 3. Dezember 2010 (dem „Erwerbszeitpunkt“) wird auf Note 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ im Finanzbericht 2010 verwiesen.

Da dieser Unternehmenserwerb erst kurz vor Ende des Geschäftsjahres erfolgte und sehr komplex ist, wurde die erstmalige Bilanzierung des Erwerbs der Postbank am 31. Dezember 2010 noch nicht abgeschlossen. Die erstmalige Bilanzierung des Erwerbs einschließlich der Allokation der übertragenen Gegenleistung kann innerhalb des Zeitraums bis zum 3. Dezember 2011 angepasst werden, um Informationen über die Fakten und Umstände, die zum Erwerbszeitpunkt bereits existierten, zu berücksichtigen.

Im ersten Quartal 2011 erhöhte der Konzern den vorläufigen Fair Value des Nettovermögens der Postbank zum Zeitpunkt des Erwerbs um 54 Mio €. Der Anstieg steht in Zusammenhang mit Anpassungen des Fair Value zum Erwerbszeitpunkt, sowohl bezüglich bestimmter Vermögenswerte, welche der Konzern mit unmittelbarer Verkaufsabsicht erworben hatte, als auch bezüglich des erworbenen Forderungsportfolios. In der Folge wurde der zum 31. Dezember 2010 mit 2.049 Mio € ursprünglich erfasste Betrag für den Goodwill im ersten Quartal 2011 um 43 Mio € auf 2.006 Mio € reduziert. Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss an der Postbank erhöhten sich um 11 Mio €. In Verbindung mit diesen Anpassungen erfasste der Konzern im ersten Quartal 2011 einen Verlust vor Steuern in Höhe von 10 Mio €.

Zum Bilanzstichtag bleibt die erstmalige Bilanzierung des Erwerbs Gegenstand weiterer Nachbearbeitung und ist daher noch nicht abgeschlossen.

Die Postbank trug mit Erträgen von 1,3 Mrd € und einem Ergebnis nach Steuern von 226 Mio € (einschließlich der Amortisation von Fair-Value-Anpassungen aus der vorläufigen Kaufpreisallokation und der zuvor beschriebenen Anpassungen) zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das erste Quartal 2011 bei.

ABN AMRO

Für eine ausführliche Darstellung des Erwerbs bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO N.V. („ABN AMRO“) durch den Konzern am 1. April 2010 (dem „Erwerbszeitpunkt“) wird auf Note 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ im Finanzbericht 2010 verwiesen.

Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenszusammenschlusses war am Ende des Geschäftsjahres 2010 noch nicht abgeschlossen, da insbesondere Anpassungen des Fair Value bestimmter Teile der Eröffnungsbilanz des erworbenen Unternehmens noch nicht feststanden. Die Allokation der übertragenen Gegenleistung auf das erworbene Nettovermögen im Erwerbszeitpunkt hatte zu einem vorläufigen negativen Goodwill von 216 Mio € geführt, welcher in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das Jahr 2010 erfasst worden war.

Der Abschluss der erstmaligen Bilanzierung des Unternehmenszusammenschlusses am 31. März 2011 führte zu einem Rückgang des zum Erwerbszeitpunkt festgestellten Fair Value des erworbenen Nettovermögens von 24 Mio €. Dadurch reduzierte sich der vorläufige negative Goodwill von 216 Mio € auf 192 Mio €. Gemäß IFRS 3 war der Abschluss der Kaufpreisallokation rückwirkend auf den Erwerbszeitpunkt zu beziehen. Dem zufolge verminderten sich die Gewinnrücklagen zum 31. Dezember 2010 um 24 Mio €.

Die abschließende Zusammenfassung der Ermittlung der übertragenen Gegenleistung und deren Allokation auf das erworbene Nettovermögen zum Erwerbszeitpunkt ist nachfolgend dargestellt.

Fair Value der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €

Übertragene Gegenleistung	
Übertragene Gegenleistung in bar	700
Kaufpreisanpassung	- 13
Gesamtkaufpreis	687
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten¹	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	113
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	71
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	779
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	9.802
Immaterielle Vermögenswerte	168
Alle sonstigen Vermögenswerte	810
Einlagen	8.211
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	895
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	1.758
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	879
Negativer Goodwill	192
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt, abzüglich des negativen Goodwill	687

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

ABN AMRO trug mit Erträgen von 132 Mio € und einem Ergebnis nach Steuern von 20 Mio € (einschließlich der Amortisation von Fair-Value-Anpassungen aus der Kaufpreisallokation) zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das erste Quartal 2011 bei.

Sal. Oppenheim

Hinsichtlich einer ausführlichen Darstellung des Erwerbs der Sal. Oppenheim Gruppe („Sal. Oppenheim“) durch die Deutsche Bank am 29. Januar 2010 (dem „Erwerbszeitpunkt“) wird auf Note 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ im Finanzbericht 2010 verwiesen. Basierend auf Informationen über die Fakten und Umstände, die zum Erwerbszeitpunkt bereits existierten, wurde die erstmalige Bilanzierung dieses Unternehmenserwerbs im ersten Quartal 2011 abgeschlossen.

Wesentliche Transaktionen

Hua Xia Bank

Am 6. Mai 2010 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine verbindliche Vereinbarung über die Zeichnung neu zu begebender Aktien der Hua Xia Bank Co. Ltd. („Hua Xia Bank“) zu einem Gesamtpreis von bis zu 5,7 Mrd RMB (entsprechend 612 Mio € zum 31. März 2011) unterzeichnet hat. Die Zeichnung ist Teil einer Privatplatzierung von Aktien, die an die drei größten Aktionäre der Hua Xia Bank gerichtet ist. Die Emission hat einen Gesamtwert von bis zu 20,8 Mrd RMB (entsprechend 2,3 Mrd € zum 31. März 2011). Mit Abschluss der Transaktion, die durch die Eintragung der Aktien am 26. April 2011 erfolgte, erhöhte sich die gegenwärtige Beteiligung der Deutschen Bank an der Hua Xia Bank von 17,12% auf 19,99% des ausgegebenen Kapitals.

Voraussetzung für den Erwerb der neu zu emittierenden Aktien waren grundlegende aufsichtsrechtliche Genehmigungen seitens verschiedener chinesischer Aufsichtsbehörden. Die letzte substanzielle Genehmigung, welche der Deutschen Bank das Recht einräumt, die zusätzlichen Aktien und die damit verbundenen Stimmrechte zu erhalten, wurde am 11. Februar 2011 erteilt.

Zu diesem Zeitpunkt wurden die neu zu begebenden Aktien in Übereinstimmung mit IAS 28, „Investments in Associates“, bei der Einschätzung des maßgeblichen Einflusses berücksichtigt, da sie der Deutschen Bank zurechenbare potenzielle Stimmrechte repräsentieren.

Zum 11. Februar 2011 beruhte der Einfluss der Deutschen Bank auf den existierenden Stimmrechten von 17,12% und den möglichen Stimmrechten von 2,87%. Die daraus resultierenden Stimmrechte von 19,99% begründen den maßgeblichen Einfluss, da dies im Wesentlichen einem 20%-Stimmrechtsanteil entspricht, von dem generell angenommen wird, dass maßgeblicher Einfluss vorliegt. Darüber hinaus wird der signifikante Einfluss dadurch untermauert, dass die Deutsche Bank erfolgreich die Erhöhung ihres Anteils mit dem Management der Hua Xia Bank und den anderen Anteilseignern verhandelt hat und in vier von sechs Vorstandsgremien der Hua Xia Bank vertreten ist.

Die Beteiligung wird seit dem 11. Februar 2011 nach der Equitymethode bilanziert.

Im Zusammenhang mit der Umklassifizierung der Beteiligung von Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen hat die Deutsche Bank den Neubewertungsansatz in Analogie zu IFRS 3R, „Business Combinations“, angewandt. Damit wurden zuvor erfolgsneutral im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasste Gewinne von 263 Mio € erfolgswirksam in das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten umgegliedert und die Bilanzposition Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen erhöhte sich um 1,1 Mrd €.

Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte zum Bilanzstichtag

Zum 31. März 2011 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 9,8 Mrd € und wurden unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen.

Der Konzern hat die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des IAS 39 bewertet.

BHF-BANK

Seit dem 31. Dezember 2010 hat der Konzern seine Beteiligung an der BHF-BANK AG („BHF-BANK“) aufgrund der exklusiven Verhandlungen mit der liechtensteinischen LGT Group („LGT“) als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe klassifiziert.

Im ersten Quartal 2011 hat der Konzern auf Basis der Verhandlungen entschieden, zwei spezielle Geschäftsbereiche der BHF-BANK sowie einzelne selektierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nicht zu verkaufen, sondern stattdessen zu halten. In der Folge wurden zum 31. März 2011 jeweils 2,6 Mrd € Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nicht mehr in die zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe einbezogen, die dem Unternehmensbereich Corporate Investments zugeordnet ist.

Im Zusammenhang mit dem zur Veräußerung verfügbaren Portfolio der BHF-BANK wurden unrealisierte Gewinne von 3 Mio € direkt im Kumulierten sonstigen Ergebnis (Accumulated other comprehensive income) ausgewiesen.

Am 18. April 2011 haben die Deutsche Bank und LGT Group nach Gesprächen zwischen den Parteien und mit den zuständigen Aufsichtsbehörden die Verhandlungen über einen Verkauf der BHF-BANK beendet und sind zu dem Schluss gekommen, die Transaktion nicht weiterzuverfolgen. Dementsprechend werden alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Veräußerungsgruppe BHF-BANK im zweiten Quartal 2011 nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert.

Andere zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

Die Deutsche Bank hat am 14. März 2011 bekannt gegeben, dass sie ihre Konzernzentrale in Frankfurt am Main an einen geschlossenen Immobilienfonds verkaufen wird, der von der DWS Finanz-Service GmbH aufgelegt wird. Die Deutsche Bank wird das Gebäude langfristig als Mieter weiternutzen. Die Transaktion wird voraussichtlich innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein. Dementsprechend wurde zum 31. März 2011 eine Veräußerungsgruppe als zum Verkauf bestimmt klassifiziert, die dem Unternehmensbereich Corporate Investments zugeordnet ist und Sachanlagen in Höhe von 592 Mio € enthält. Die Klassifizierung in die Kategorie Zum Verkauf bestimmt hat zu einer Wertminderung in Höhe von 34 Mio € geführt, die unter den Sonstigen Erträgen berücksichtigt wurde.

Zum 31. März 2011 hat der Konzern eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen und mehreren Veräußerungsgruppen, die dem Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities zugeordnet waren, zum Verkauf bestimmt. Die Beteiligung wurde im ersten Quartal 2011 erworben und der Verkauf wird innerhalb von drei Monaten erwartet. Die Veräußerungsgruppen werden voraussichtlich innerhalb eines Jahres verkauft. Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte führte zu keiner Wertminderung.

Unrealisierte Gewinne von 19 Mio € im Zusammenhang mit den anderen zum Verkauf bestimmten, langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen wurden direkt im Kumulierten sonstigen Ergebnis (Accumulated other comprehensive income) ausgewiesen. Diese unrealisierten Gewinne verbleiben bis zum Verkauf der Vermögenswerte im Eigenkapital. Ab dem Verkaufszeitpunkt werden die Gewinne nicht mehr im Eigenkapital, sondern in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Veräußerungen im Quartal

Im März 2011 hat der Konzern die dem Unternehmensbereich Private & Business Clients zugeordnete indische Postbank-Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Home Finance Ltd. verkauft. Mit dem Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der Postbank am 3. Dezember 2010 hatte der Konzern die Kontrolle über diese Tochtergesellschaft erlangt.

Im ersten Quartal 2011 verkaufte der Konzern mehrere zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte, die dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management zugeordnet waren. Diese Beteiligungen wurden zuvor im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe erworben.

Außerdem hat der Konzern im März 2011 eine dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management zugeordnete Tochtergesellschaft verkauft, die als zum Verkauf bestimmt klassifiziert war.

Im Januar 2011 hat der Konzern ebenfalls eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen veräußert, die dem Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities zugeordnet und zum Verkauf bestimmt war.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 18. April 2011 haben die Deutsche Bank und LGT Group nach Gesprächen zwischen den Parteien und mit den zuständigen Aufsichtsbehörden die Verhandlungen über einen Verkauf der BHF-BANK beendet und sind zu dem Schluss gekommen, die Transaktion nicht weiterzuverfolgen. Für weitere Informationen über die Auswirkungen dieses Vorgangs verweisen wir auf den Abschnitt „Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“ dieses Zwischenberichts.

Sonstige Informationen (nicht testiert)

Zielgrößendefinitionen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlicht werden, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Größen des historischen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter Beträge im Vergleich zu gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden. Der Konzern bezeichnet die Definition von bestimmten Anpassungen als „Zielgrößendefinition“, da der Konzern in der Vergangenheit oder in der Zukunft solche nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen angewandt hat oder anwenden wird, um seine finanziellen Ziele zu bemessen.

Die nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen des Konzerns, die sich auf das Ergebnis beziehen, basieren auf Zielgrößendefinitionen. Auf IFRS basierende Finanzkennzahlen werden um bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Gebäuden) oder bestimmte signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Wertminderungen auf Immaterielle Vermögenswerte oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) bereinigt, wenn diese Gewinne oder Aufwendungen keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder des Konzerns haben.

Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity gemäß Zielgrößendefinition)

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern im mehrjährigen Durchschnitt, eine nach IFRS ermittelte Zielgröße, basiert auf dem prozentualen Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern gemäß Zielgrößendefinition am durchschnittlichen Active Equity des Konzerns, das wie unten beschrieben definiert ist. Für Vergleichszwecke wird auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) dargestellt. Diese ist als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis vor Steuern) am den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren durchschnittlichen Eigenkapital definiert. Ebenfalls als Referenz wird die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) gezeigt, die als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis vor Steuern) am durchschnittlichen Active Equity berechnet wird.

Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern (gemäß Zielgrößendefinition): Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis vor Steuern (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis vor Steuern), bereinigt um bestimmte signifikante Gewinne und Aufwendungen.

in Mio €	1. Quartal	
	2011	2010
Ergebnis vor Steuern	3.021	2.793
Abzüglich Anteile ohne beherrschenden Einfluss, vor Steuern	- 89	- 15
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern	2.932	2.778
Zuzüglich/abzüglich (-):		
Bestimmter signifikanter Gewinne (abzüglich dazugehöriger Kosten)	- 236 ¹	-
Bestimmter signifikanter Belastungen	-	-
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern (Zielgrößendefinition)	2.696	2.778

¹ Positiver Effekt von 236 Mio € im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank (PBC), die nach der Equitymethode bilanziert wurde.

Durchschnittliches Active Equity: Der Konzern berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu ermöglichen, und verweist auf das Active Equity bei der Berechnung verschiedenster Kennziffern. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die der Konzern das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt, sind das durchschnittliche Sonstige Ergebnis (Other comprehensive income) ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung (alle Bestandteile nach Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung ausgezahlt wird. Die in der Berechnung des durchschnittlichen Active Equity verwendeten Steuersätze entsprechen denen, die auch für die jeweiligen Geschäftsvorfälle im Konzernabschluss verwendet werden. Somit wird kein Durchschnittssteuersatz angewandt.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal	
	2011	2010
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	49.471	37.914
Zuzüglich/abzüglich (–):		
Durchschnittliches Sonstiges Ergebnis (Other comprehensive income) ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung ¹	290	210
Durchschnittlicher Dividendenabgrenzungen	–784	–524
Durchschnittliches Active Equity	48.977	37.601
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	23,7 %	29,3 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	23,9 %	29,5 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (Zielgrößendefinition)	22,0 %	29,5 %

¹ Der aus dem durchschnittlichen Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung resultierende Steuereffekt betrug im ersten Quartal 2011 minus 375 Mio € (erstes Quartal 2010: minus 408 Mio €).

Leverage Ratio (Zielgrößendefinition)

Eine Leverage Ratio ergibt sich aus der Division der Bilanzsumme durch das Eigenkapital. Der Konzern veröffentlicht eine bereinigte Leverage Ratio, die auf der Grundlage einer Zielgrößendefinition errechnet wird und für die folgende Anpassungen der Bilanzsumme und des Eigenkapitals gemäß IFRS durchgeführt werden:

— Die Bilanzsumme gemäß IFRS wird unter Anwendung von zusätzlichen Nettingregeln zur Ermittlung der bereinigten Bilanzsumme angepasst. Gemäß den Nettingbestimmungen nach IFRS wird eine Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen vorgenommen, wenn die Gesellschaft (1) eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzen kann und (2) entweder beabsichtigt, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder den Vermögenswert zu verwerten und gleichzeitig die Verbindlichkeit abzulösen. IFRS konzentriert sich insbesondere auf die Absicht, eine Abwicklung auf Nettobasis im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vorzunehmen, unabhängig von Rechten auf Ausgleich im Fall eines Ausfalls. Da für die meisten derivativen Finanzinstrumente innerhalb von Master Netting Agreements im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit die Abwicklung nicht auf Nettobasis erfolgt, ist unter IFRS ein Bruttoausweis vorzunehmen. Für Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft oder mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden, erfolgt ebenfalls ein Bruttoausweis, da sie im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nicht auf Nettobasis abgewickelt werden, auch wenn diese von bestehenden Master Netting Agreements abgedeckt werden. Es ist übliche amerikanische Branchenpraxis, eine Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassengeschäften vorzunehmen. Dies ist nach IFRS nicht gestattet. Wir führen die oben beschriebenen Bereinigungen bei der Berechnung der Zielgrößendefinition für die Leverage Ratio durch.

— Das Eigenkapital gemäß IFRS wird so angepasst, dass die Gewinne und Verluste aus zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten des Konzerns (nach Steuern; Schätzung aufgrund der Annahme, dass im Wesentlichen alle eigenen Verbindlichkeiten des Konzerns zum Fair Value bewertet wurden) berücksichtigt werden, um das bereinigte Eigenkapital zu erhalten. Diese Berechnung beruht auf einem Durchschnittssteuersatz von 35%.

Der Konzern wendet diese Bereinigungen für die Berechnung der Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition zur Erhöhung der Vergleichbarkeit mit Wettbewerbern an. Die Zielgrößendefinition für die Leverage Ratio wird im Konzern durchgängig zur Steuerung der Geschäftsbereiche eingesetzt. Es wird dennoch Unterschiede in der Ermittlungsweise der Leverage Ratio zwischen dem Konzern und Mitbewerbern geben. Daher sollte die bereinigte Leverage Ratio des Konzerns nicht mit der Leverage Ratio anderer Unternehmen verglichen werden, ohne die Unterschiede in der Berechnungsweise zu beachten. Die Leverage Ratio des Konzerns auf Grundlage der Zielgrößendefinition des Konzerns ist weder identisch mit, noch indikativ dafür, wie eine Leverage Ratio gemäß einer gegenwärtigen oder zukünftigen aufsichtsrechtlichen Anforderung an eine Leverage Ratio ausfallen würde.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zur Berechnung der Leverage Ratio des Konzerns gemäß Zielgrößendefinition vorgenommenen Anpassungen.

Bilanzsumme und Eigenkapital in Mrd €	31.3.2011	31.12.2010
Bilanzsumme (IFRS)	1.842	1.906
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für Derivate	– 508	– 601
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für nicht termingerecht abgewickelte Geschäfte	– 122	– 86
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für Wertpapierpensionsgeschäfte	– 10	– 8
Bilanzsumme (bereinigt)	1.202	1.211
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (IFRS)	51,6	50,4
Bereinigung von Gewinnen (Verlusten) aus sämtlichen zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten des Konzerns (nach Steuern) ¹	1,7	2,0
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (bereinigt)	53,2	52,4
Leverage Ratio basierend auf dem Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		
Gemäß IFRS	36	38
Gemäß Zielgrößendefinition	23	23

¹ Der geschätzte kumulative Steuereffekt bezüglich der pro-forma Gewinne/Verluste aus diesen zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten belief sich zum 31. März 2011 auf minus 0,9 Mrd € und zum 31. Dezember 2010 auf minus 1,1 Mrd €.